

«Es braucht einen einheitlichen CO₂-Preis»

Schweiz sollte sich profilieren.

Endlich! Der Ständerat öffnet den Weg für eine CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel. Doch Economiesuisse und Gewerbeverband reagieren umgehend mit Unverständnis und Referendumsdrohungen. Denken diese Verbände eigentlich immer noch nicht über die nächste Quartalsbilanz hinaus? Wird das wirtschaftliche Potenzial der Umwelttechnologien systematisch ignoriert? Nachteile gegenüber dem benachbarten Ausland werden moniert. Die Schweizer Geschichte lehrt, dass sich eine mutige Vorreiterrolle noch selten nachteilig ausgewirkt hat. Länder wie Deutschland, Frankreich und Grossbritannien liegen im Germanwatch-Klima-Ranking 2011

«Denken Economiesuisse und Gewerbeverband nicht über die nächste Quartalsbilanz hinaus?»

allerdings derzeit (noch) vor der Schweiz. Nach verpatzter Ski-WM könnte sich die Schweiz hier profilieren, die Medaillenplätze sind noch frei, weil kein Land sich diese Auszeichnungen verdiente: ohne Hadern über Herzrasen und Daumenfrakturen, aber mit Vernunft und Weitsicht.

Thomas Hertach, Otelfingen

Stehenden Verkehr verhindern.

Was da im Ständerat beschlossen wurde, ist einmal mehr ein Schlag in die Magengrube des Normalbürgers.



Autofahrer sollen schon bald mehr fürs Benzin zahlen müssen. Foto: Reto Oeschger

Da soll also der Benzinpreis massiv angehoben werden, damit die Umwelt mit weniger CO₂ belastet wird. Tatsache ist, dass seit Jahrzehnten jährlich Hunderte von Tonnen Schadstoffe im stehenden Verkehr am Gotthard hüben und drüben ausgestossen werden. Tatsache ist, dass seit Monaten am Gubrist Dutzende zusätzliche Tonnen Schadstoffe jeden Morgen und Abend durch den stehenden Verkehr erzeugt werden. Tatsache ist, dass die rot-grün regierten Städte alles tun, um den Autoverkehr zu erschweren (Umfahrten, unnötige Einbahnstrassen etc.), CO₂-Belastung hin oder her. Nur ein fliessender Verkehr schont unsere Umwelt. Man muss unseren Parlamentarierinnen und Parlamentariern

einmal vor Augen halten, dass jeder stehende Verkehr die Umwelt massiv belastet. Die Räte in Bern sollten lieber das Problem am Gotthard lösen und den Verkehr flüssiger machen und so jährlich Hunderte von Tonnen unnötigen CO₂-Ausstoss verhindern. Zudem sollten die Räte aufhören, den Bürger als Milchkuh zu betrachten.

Roman Bont, Oberglatt

Firmen aus vielen Branchen.

In Ihrem Artikel «Strengere Klimaschutz-Vorschriften für neue Autos» vom 8. März werden Firmen, welche unserem Appell für ein 20-Prozent-Inlandreduktionsziel gefolgt sind, als «vor allem Firmen, die mit Umwelttechnologie Geld verdienen» bezeich-

net. Diesem Eindruck möchte ich die Firmenliste, abrufbar auf unserer Website, entgegenstellen. Firmen wie Migros, Coop, Unilever, Swisscom, Chiquita, Pavatex, Ringier, Knecht und Müller, Biketec, Switcher, Tetra Pak, Ass AG, Brugger Rohr, Globetrotter, Cisco, Doodle, Gebäudeversicherung Bern, Isofloc und Westiform belegen klar, dass sich vor allem Unternehmen am Appell beteiligt haben, die nicht zur Umwelttechnologie-Branche gehören. CO₂-Reduktion ist für alle Firmen und Teilnehmer der Volkswirtschaft relevant und birgt grosse Chancen, wie auch das Beispiel Emmi zeigt.

*Christina Braun, Zürich
swisscleantech*

Abgabe schafft Anreize.

Während unsere Gletscher immer schneller schmelzen, beraten die eidgenössischen Räte über die Revision des CO₂-Gesetzes. Der Ständerat ist dem Nationalrat gefolgt: Der CO₂-Ausstoss soll bis 2020 im Inland um 20 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Wie das Ziel erreicht werden soll, darüber sind sich die Räte noch uneinig. Ich bin überzeugt: Damit es gelingt, braucht es einen einheitlichen CO₂-Preis. Es kann nicht sein, dass Brennstoffe wie Heizöl mit einer Lenkungsabgabe belastet werden, Treibstoffe wie Benzin und Diesel hingegen nicht. CO₂-Sparpotenzial haben wir in der Schweiz vor allem bei Gebäuden und beim Verkehr. Seien wir also konsequent und fordern von allen Verbrauchern den gleichen CO₂-Preis. Denn das schafft Anreize, Häuser gut zu isolieren, verbrauchsarme Heizungen einzubauen und sparsame Autos zu fahren.

Marcel Müller, Zürich